

1. Sitzung

des Ausschusses für Umwelt und Zukunftsfragen der Stadt Bergneustadt
in der Begegnungsstätte Krawinkel-Saal, Kölner Str. 260

Sitzungstag

03.02.2021

Beginn: 18:00 Uhr

Anwesend sind:

Ende: 20:10 Uhr

Vorsitzende

Heike Schmid Stv.

Mitglieder

Michaela Trilling für Jonathan Gauer	Stv.	Lara Stamm	s. B.
Lilli Funk für Leonid Donst	s. B.	Christian Hoene	Stv.
Carsten Martel für Daniel Siebert	s. B.	Henning Gauer	s. B.
Heiner Grütz	Stv.	Sven Oliver Rüsche	Stv.
Doris Klaka	Stv.	Dr. Barat Bator	s. B.

von der Verwaltung:

BM Matthias Thul	Dipl. Ing. Kai Hoseus
StK Bern Knabe	StOlin Verena Mücher
StVR Andreas Wagner	Stlin Janina Hortmann
VA Thomas Zeuge ab 18:20 Uhr	

Gäste:

./.

Es fehlen:

Stv. Jonathan Gauer
s. B. Leonid Donst
s. B. Daniel Siebert

Tagesordnung

1. Sitzung

Ausschusses für Umwelt und Zukunftsfragen der Stadt Bergneustadt

am 03.02.2021

TOP	Beschluss- Vorl.-Nr.	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Seite
<u>Öffentliche Sitzung</u>			
1.		Verpflichtung der sachkundigen Bürger	4
2.		Bestellung einer Schriftführerin und der Stellvertretung	4
3.		Einführung in die Gremienarbeit	4 - 5
4.		Haushaltsplan 2021; Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen und Empfehlung an den Rat über die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Ansätze	5
5.		Konzept für Klimaschutzmanager	5 - 6
6.	0042/2020	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. Entwicklung eines E-Bike-Mobilitätskonzept vom 26.11.2020	6 - 8
	0044/2020	Antrag der UWG-Fraktion betr. Ladestationen für E-Bike und E-Roller vom 29.11.2020	
7.	0043/2020	Antrag der FWGB-Fraktion betr. zusätzliche Müllbehälter an der Kölner Straße vom 30.11.2020	8 – 9
8.	0057/2021	Starkregenrisikomanagement	9 - 10
9.		Mitteilungen	10 - 11
9.1.	0046/2020	Fördermaßnahme „Grüne Infrastruktur“ im Rahmen des Konjunkturpaket I des Landes NRW hier: Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln vom 24.11.2020	10
9.2.	0037/2020	Flurbeleuchtung im Rathaus und Hallenbeleuchtung am Baubetriebshof wurde auf LED umgestellt	10
9.3.	0025/2020	Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen	10

für das Jahr 2021

9.4.	Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW (StGB NRW) vom 01.02.2021: Bundesweiter Pflanzenwettbewerb „Wir tun was für die Bienen“	11
10.	Anfragen, Anregungen und Hinweise	11
10.1.	Entwicklungskonzepte „smart cities“	11

Die Vorsitzende, Stv. Schmid, eröffnet die Sitzung, stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und erkundigt sich, ob es Änderungswünsche oder Ergänzungen hinsichtlich der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung gebe.

Herr Wagner bittet, die Tagesordnung um die vorliegende Tischvorlage „Starkregenrisikomanagement“ zu erweitern.

Stv. Rüsche teilt mit, dass TOP 6 entsprechend der Entscheidung in der Ratssitzung vom 09.12.2020 auch den Antrag der UWG-Fraktion betr. Ladestationen für E-Bikes und E-Roller vom 29.11.2020 umfasst. Dies solle in der Bezeichnung des TOPs zum Ausdruck kommen.

Der Ausschuss stimmt den vorgenannten Änderungswünschen zu.

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung der sachkundigen Bürger

Stv. Schmid liest die Niederschrift über die Verpflichtung gem. § 67 Absatz 3 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) stellvertretend für alle zu verpflichtenden sachkundigen Bürger vor. Die Niederschriften werden von allen Verpflichteten unterzeichnet.

2. Bestellung einer Schriftführerin und der Stellvertretung

Die Verwaltung schlägt Frau Verena Mücher, Mitarbeiterin des Fachbereichs 4 - Bauen, Planen, Umwelt, der Stadt Bergneustadt als Schriftführerin und Herrn Dogan Sivrikaya, ebenfalls Mitarbeiter des Fachbereichs 4, als Stellvertreter vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Einführung in die Gremienarbeit

Stv. Schmid erläutert, dass die Einladungen für die Ausschusssitzungen durch sie als Vorsitzende bzw. ihren Vertreter, in Abstimmung mit dem Fachbereich 4 der Stadtverwaltung, erfolgen.

Sie erklärt, dass alle Ausschussmitglieder, egal ob Ratsmitglieder oder sachkundige Bürger, ob reguläre oder stellvertretende Mitglieder, die gleichen Rechte und Pflichten haben und erläutert diese. Sofern Anträge gestellt werden, sollen diese

entweder über die Fraktion an den Bürgermeister, um im Rat behandelt zu werden oder im entsprechenden TOP der Ausschusssitzung gestellt werden. Zwecks besserer Vorbereitung sei es sinnvoll, Anfragen vorher an die Verwaltung (BM oder FB 4) oder die Vorsitzende zu stellen.

Stv. Schmid bittet die sachkundigen Bürger, ihre E-Mailadresse Frau Lendvaczky vom Fachbereich 4 der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen (henriette.lendvaczky@bergneustadt.de).

4. **Haushaltsplan 2021; Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen und Empfehlung an den Rat über die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Ansätze**

StK Knabe erläutert die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Ansätze. Hierbei handelt es sich um die Ansätze der folgenden Produktgruppen:

11.02 „Abfallwirtschaft“

11.03 „Abwasserbeseitigung“

13.03 „Wald-, Forst- und Landwirtschaft“

13.04 „Wasser und Wasserbau“

Fragen seitens der Ausschussmitglieder gibt es hierzu nicht.

Anschließend beschließt der Ausschuss über die Empfehlung an den Rat über die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses fallenden Ansätze.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Konzept für Klimaschutzmanager**

BM Thul erläutert, dass die Darstellung des Förderprogramms derzeit durch den Fachbereich 4 der Verwaltung in Arbeit sei. Er schlägt vor, das Ergebnis schriftlich als Anlage zum Protokoll beizufügen (s. Anlage).

S.B. H. Gauer fragt nach, was genau der Auftrag dieses Förderprogramms sei.

BM Thul erklärt, dass die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts durch eine/einen Klimaschutzmanagerin/-manager gefördert werde. Insbesondere die Förderquote von 90% bzw. 100% sei interessant. Das Konzept sei notwendig für die Umsetzung der Klimaschutzrichtlinien.

Stv. Rüsche erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen und regt an, bis zum Start

der Arbeit der/des Klimaschutzmanagerin/-managers eine Projektgruppe zu bilden.

Stv. Schmid bittet darum, die Einrichtung einer Projektgruppe unter dem TOP 6 zu besprechen, da sich dies thematisch ergänze.

BM Thul teilt mit, dass die Prüfung des Förderantrages mindestens 5 Monate in Anspruch nehmen werde. Anschließend müsste eine Ausschreibung durchgeführt werden. Es sei nicht vor Herbst 2021 mit einer Einstellung zu rechnen. Ziel sei es aber, noch im Jahr 2021 die Einstellung vorzunehmen.

Stv. Grütz erkundigt sich nach den erforderlichen Qualifikationen, die diese Person mit sich bringen müsse. Außerdem fragt er nach dem Zeitraum für die befristet geförderte Stelle und ob es sich grundsätzlich um eine befristete oder unbefristete Stelle handeln würde.

BM Thul erklärt, dass für die ersten 24 Monate ein befristeter Arbeitsvertrag geschlossen werden müsse. Für die sich anschließenden 3 Jahre sei eine 70%ige Förderung möglich. Das Profil der Person hänge davon ab, was der Rat verlange. Es handele sich voraussichtlich um eine Eingruppierung nach EG 10 oder EG 11, ein akademischer Abschluss werde aber in jedem Fall verlangt.

Stv. Grütz erklärt, dass zunächst weitere Informationen abgewartet werden sollten. Erst wenn man wisse, was die Person genau leisten müsse, könne man die Qualifikationen festlegen.

BM Thul ergänzt, dass die Qualifikationen erst mit der Ausschreibung festgelegt werden. Knapp die Hälfte der mit Klimaschutzmanagerinnen/-managern besetzten Stellen seien mit Verwaltungskräften besetzt. Es sei kaum möglich, eine/n Umweltingenieur/in einzustellen.

S.B. Stamm merkt an, dass die reine Beantragung eines Klimaschutzkonzepts nicht schade, auch wenn man es nicht in Anspruch nehmen würde.

BM Thul stimmt dem zu und ergänzt, dass aber in jedem Fall im Anschluss ein/e Klimaschutzmanagerin/-manager eingestellt werden sollte.

6. **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen betr. Entwicklung eines E-Bike-Mobilitätskonzept vom 26.11.2020 sowie Antrag der UWG-Fraktion betr. Ladestationen für E-Bikes und E-Roller vom 29.11.2020 (0042/2020 u. 0044/2020)**

Stv. Schmid teilt noch einmal mit, dass die Überschrift umformuliert und durch den Antrag der UWG-Fraktion vom 29.11.2020 ergänzt werde (wie in diesem Protokoll erfolgt).

S.B. Martel erläutert den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.11.2020. Die Verwaltung solle beauftragt werden, ein E-Bike-Mobilitätskonzept zu entwickeln. Die Nutzung von E-Bikes habe im Oberbergischen an immer größerer Bedeutung gewonnen. Ein ausgearbeitetes Konzept fördere die Nutzung von E-Bikes sowie den Tourismus und die heimische Gastronomie.

Stv. Rüsche erläutert den Antrag der UWG-Fraktion und ergänzt, dass ebenfalls ein Konzept für das Aufstellen weiterer Ladestationen für E-Bikes und E-Roller entwickelt werden sollte.

Stv. Schmid teilt mit, dass nun drei Fraktionen sich ergänzende Anträge gestellt hätten. Ein solches Konzept, wie in den Anträgen gefordert, auch unter dem Gesichtspunkt Fahrradverkehr im Alltag, könne vom Klimaschutzmanager entwickelt werden. Mit dessen Einstellung sei aber nicht vor Herbst diesen Jahres zu rechnen. Daher sollte die Thematik zunächst im Ausschuss selbst in Angriff genommen und eine gewisse Vorarbeit geleistet werden. Sie habe bereits Kontakt zum Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e.V. (ADFC) gehabt und dieser habe seine Unterstützung zugesagt.

Die Vorsitzende berücksichtigt den Vorschlag von Stv. Rüsche unter TOP 5 und schlägt vor, über die Anträge der drei Fraktionen nicht formal abzustimmen, sondern eine Projektgruppe zu bilden, die gemeinsam mit dem ADFC ein Fahrrad/E-Bike-Konzept unter den Gesichtspunkten Tourismus und Alltagsverkehr entwickelt, welches in ein späteres Klimaschutzkonzept einzugliedern ist.

Stv. Hoene begrüßt die Anträge und bittet zu berücksichtigen, dass E-Bike-Stationen aufgrund der steigenden Leistungsfähigkeit der E-Bikes mittlerweile teilweise wieder rückgebaut werden.

Stv. Klaka hält die Einrichtung einer Projektgruppe für sinnvoll und ergänzt, dass man neben dem ADFC noch weitere Vertreter/innen des Naturschutzbundes und des Tourismus einbeziehen sollte. Außerdem verweist sie auf die enorme Beleuchtung durch Straßenlaternen zur Nachtzeit.

BM Thul erklärt, dass die nächtliche Beleuchtung eingedämmt werden solle. Hier werde man noch einmal ins Gespräch gehen müssen. Er unterstützt die Einrichtung einer Projektgruppe und gibt den Hinweis auf die geplanten E-Bike-Verleihstationen im Zentrum und in Wiedenest im Bereich der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde.

Anschließend beschließt der Ausschuss, über die Anträge der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen sowie der UWG nicht formal zu beschließen und die Anregungen aus den Anträgen mit in die Projektgruppe zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Stv. Hoene erkundigt sich, ob man auch direkt die Mitglieder der Projektgruppe benennen sollte. Er schlägt pro Partei 1 - 2 Personen vor.

BM Thul regt an, auch die Fa. Bohle hieran zu beteiligen.

Stv. Schmid schlägt die Aufteilung – ohne namentliche Nennung - wie folgt vor:

CDU: 1-2 Personen
SPD: 1-2 Personen
Bündnis 90/Die Grünen: 1 Person
FDP: 1 Person
UWG: 1 Person
FWGB: 1 Person
Verwaltung/BM: 1 Person
ADFC: 1 Person
NABU: 1 Person
Tourismus: 1 Person
Fa. Bohle: 1 Person

Anschließend beschließt der Ausschuss die Einrichtung einer Projektgruppe mit der o.g. Anzahl der einzelnen Vertreter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Antrag der FWGB-Fraktion betr. zusätzliche Müllbehälter an der Kölner Straße vom 30.11.2020
0043/2020**

S.B. Dr. Bator erläutert den Antrag. Die Verwaltung solle beauftragt werden, weitere öffentliche Müllbehälter an der Kölner Straße – angefangen vom Hauptkreisverkehr „Am Deutschen Eck“ bis mindestens zur Kreuzung Stadionstraße – zu platzieren.

Stv. Hoene erkundigt sich, wie viele Müllbehälter derzeit auf dieser Strecke aufgestellt seien.

VA Zeuge erläutert, dass sich derzeit insgesamt drei Müllbehälter auf dieser Strecke befinden würden (Kreisverkehr Deutsches Eck; Höhe ehemals „Bohlen Lieschen“; Einmündung Stadionstraße). Ein vierter Müllbehälter wurde zwischenzeitlich wieder abgebaut.

BM Thul verweist auf seine Stellungnahme hierzu aus der Ratssitzung vom 09.12.2020. Er lehne diesen Antrag weiterhin ab, da er die Erfahrung gemacht habe, dass eine Erhöhung der Müllbehälter nicht zu weniger Müll führe. Ebenso liege es in der Verantwortung der dort ansässigen Gewerbetreibenden, eigene Müllbehälter aufzustellen. Eine städtische Aufgabe sieht er hierin nicht.

Stv. Rüsche unterstützt die Begründung des Bürgermeisters und regt an, die Gewerbetreibenden per Ratsbeschluss zu verpflichten, weitere Müllbehälter aufzustellen.

Stv. Klaka bemängelt die enorme Vermüllung in der Stadt, insbesondere im Bereich des Radwegs und des Brunnens am Kirchplatz. Auch sie ist der Meinung, dass die Gewerbetreibenden selbst in der Verantwortung seien, für entsprechende Müllbehälter zu sorgen.

BM Thul schlägt vor, entsprechende Schilder mit dem Hinweis, den Müll mitzunehmen, aufzustellen. Außerdem könnte eine individuelle Ansprache an die Gewerbetreibenden durch das Ordnungsamt erfolgen, damit sich diese der Verantwortung über den Müll bewusst würden.

Stv. Hoene erkundigt sich, ob die Gewerbetreibenden verpflichtet seien, für entsprechende Müllbehälter zu sorgen oder ob dies freiwillig sei. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, was rechtlich nötig und möglich in Bezug auf die Aufstellung von Müllbehältern sei und ob eine solche individuelle Ansprache durch das Ordnungsamt erfolgen könne.

BM Thul sagt zu, diese Fragen durch die Verwaltung beantworten zu lassen.

Stv. Schmid weist ergänzend auf verschiedene Studien des Verbands Kommunaler Unternehmen (VKU) zum Thema „Müll“ und „Littering“ hin.

Stv. Grütz lehnt den Antrag ab, ist sich aber des grundsätzlichen Problems bewusst und hält daher eine Ansprache an die Gewerbetreibenden für sinnvoll.

Anschließend beschließt der Ausschuss über den Antrag der FWGB-Fraktion vom 30.11.2020.

Abstimmungsergebnis: 1 Jastimme, 10 Neinstimmen

8. Starkregenerisikomanagement 0057/2021

Herr Wagner verweist auf die vorliegende Tischvorlage und erläutert diese. Er

bittet den Ausschuss, die Empfehlung an den Rat zur Unterzeichnung der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung über die Erstellung eines Starkregenrisikomanagements auszusprechen.

Stv. Hoene erkundigt sich, ob eine Pflicht zur Unterzeichnung bestehe oder ob dies freiwillig sei.

StVR Wagner erklärt, dass eine direkte Pflicht nicht bestehe, die Kommunen aber laut Rechtsprechung sehr stark in die Pflicht genommen würden, insbesondere was Haftungsansprüche angehe. Auch Gewässer und Oberflächengewässer seien mitinbegriffen.

Anschließend empfiehlt der Ausschuss dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Bergneustadt beschließt, die Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung über die Erstellung eines Starkregenrisikomanagements mit dem Oberbergischen Kreis und anderen kreisangehörigen Kommunen zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Mitteilungen**

9.1. **Fördermaßnahme „Grüne Infrastruktur“ im Rahmen des Konjunkturpaket I des Landes NRW hier: Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln vom 24.11.2020 (0046/2020)**

Der Ausschuss nimmt die ihm vorliegende Mitteilung zur Kenntnis.

9.2. **Flurbeleuchtung im Rathaus und Hallenbeleuchtung am Baubetriebshof wurde auf LED umgestellt (0037/2020)**

Der Ausschuss nimmt die ihm vorliegende Mitteilung zur Kenntnis.

9.3. **Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen für das Jahr 2021 (0025/2020)**

Der Ausschuss nimmt die ihm vorliegende Mitteilung zur Kenntnis.

9.4. **Mitteilung des Städte- und Gemeindebundes NRW (StGB NRW) vom 01.02.2021: Bundesweiter Pflanzenwettbewerb „Wir tun was für die Bienen“**

Stv. Schmid verweist auf den bundesweiten Pflanzenwettbewerb „Wir tun was für die Bienen“. Unter dem folgenden Link kann die Mitteilung des StGB NRW abgerufen werden:

<https://www.kommunen.nrw/informationen/mitteilungen/datenbank/detailansicht/dokument/bundesweiter-pflanzenwettbewerb-wir-tun-was-fuer-die-bienen.html>

Stv. Schmid bittet den BM um einen Hinweis im Amtsblatt „Bergneustadt im Blick“ und erkundigt sich bei ihm, ob die Möglichkeit bestünde, für die Aktion einen Sponsor zu finden.

BM bejaht dies und teilt mit, dass er dies in der Kuratoriumssitzung der Sparkasse in der nächsten Woche vorschlagen werde.

10. **Anfragen, Anregungen und Hinweise**

10.1. **Entwicklungskonzepte „smart cities“**

Stv. Rüsche verweist auf die Entwicklungskonzepte der „smart cities“ und teilt mit, dass ihm zwei Bergneustädter bekannt seien, die sich mit dieser Thematik befassen würden. Nach Möglichkeit könnte ein Show-Case eingerichtet werden. Er wird seine Lösungen und Ergebnisse der Projektgruppe sowie der/dem Klimaschutzmanager/in vorstellen.

unterzeichnet am:

gez.
Heike Schmid
Vorsitzende

gez.
Verena Mücher
Schriftführer/in

gesehen am:

Matthias Thul
Bürgermeister